Ä-K25-130 Jetzt klimaneutral werden: Wirtschaft erneuern

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-5

Nach Zeile 75 einfügen:
Ansiedlung von Bundesbehörden

Die Bundesregierung hat sich die gezielte Ansiedlung von Bundesbehörden in Ostdeutschland zum Ziel gemacht. In Brandenburg hat mit "Zukunft Umwelt Gesellschaft" in Cottbus nur das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine Bundesbehörde angesiedelt. Weitere Einrichtungen, z.B. in strukturschwachen Klein- oder Mittelstädten sind nicht geplant. Das möchten wir ändern und fordern daher, dass die nächste Landesregierung sich aktiv für die weitere Ansiedlung von Bundesbehörden gerade außerhalb der Brandenburger Ballungszentren einsetzt.

Begründung

Auch wenn sich das Ossi-Wessi-Thema scheinbar überholt, so beschäftigt es doch noch viele unserer Wälrer*innen bzw. der Menschen, die wir von unserer Politik überzeugen wollen. Der aktuellste Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung zeigt, dass die gefühlten Graben tatsächlich immer tiefer werden. Daher halte ich das für ein Thema, das wir in unserem Wahlprogramm nicht ausklammern dürfen, um auch Menschen außerhalb unserer Bubble zu erreichen. Wir sollten uns an WK-Ständen nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, wir seien ja eh eine reine Wessi-Partei, die die ostdeutsche Perspektive komplett ausblendet. Es folgen daher im restlichen Wahlprogramm verteilt weitere ÄA, die versuchen Projekte noch etwas zu ergänzen und damit auch ein wenig "ostdeutsche Handschrift" dem Programm hinzu zu fügen, ohne den gesamten Charakter in Frage zu stellen.